

# Panzerzug statt Regierungsbunker?

Noch während der Bauzeit sind Sicherheitsbedenken zum Regierungsbunker im Ahrtal so gravierend, dass über alternative Unterbringungsmöglichkeiten für den Kriegsfall nachgedacht wird.

Unter dem Codenamen „Gewitter“ zusammengefasst, nennt ein Geheimdossier vom 5. Oktober 1971 sogar vier Panzerzüge als eine Variante. Erstmals konnten jetzt Inhalte dazu ausgewertet werden.

Wagon des Sonderzuges für die Bundesregierung (1981 vor dem Bahnbetriebswerk in Köln). 1971 stellt der Bund Überlegungen zur Anschaffung von vier Panzerzügen für den Kriegsfall an – weil der Regierungsbunker im Ahrtal keine Sicherheit böte.

„Gewitter“ – der Deckname steht für Erkenntnisse zum elektromagnetischen Impuls (EMP), die eine ministeriale Kommission ab 1969 bearbeitet. Das „Zielobjekt“ ist der Regierungsbunker. Bereits ab 1960 geplant, fehlt ein EMP-Konzept für das unterirdische Führungszentrum. Der Grund: „Uns lagen schlicht keinerlei Informationen zum EMP-Effekt vor, weder zu seiner Existenz, geschweige zu den Auswirkungen“, beschreibt 2006 Hans Walter (1929-2017) als mitverantwortlicher Bunkerbau-Ingenieur die damaligen Umstände. Folglich gab es auch keinerlei baulichen Vorkehrungen.

Sollte also in extremer Höhe über dem Westen Deutschlands eine starke Kernwaffe gezündet werden, wäre der Ausfall elektrischer Netzwerke und elektronischer Bauteile in einem Radius von rund eintausend Kilometern die Folge. Autos, Flugzeuge, Schiffe, Kraftwerke, Funk- und Fernmeldeverbindungen, Stromversorgungsnetze – von einer Sekunde zur anderen würde nichts mehr funktionieren. Schutz vor diesem EMP-Blackout kann für kleinere Bauwerke über eine Härtung erreicht werden, der als Faradayscher Käfig beschrieben wird. In eine Kupferummantelung verpackt und ohne elektrisch leitende Verbindungen zur Außenwelt, könnten Bunkeranlagen trotz EMP im Inneren funktionieren. Doch für den Regierungsbunker kommen diese Überlegungen zu spät. Der ist mit Gründung der EMP-Kommission 1969 weitestgehend fertiggestellt.

So überlegen die „Gewitter“-Verantwortlichen aus den Ministerien Verteidigung, Innern, Post und Fernmeldewesen, Bauwesen, Verkehr und dem Bundeskanzleramt, welche alternativen Unterbringungsmöglichkeiten für den Ernstfall in Frage kommen. Am 5. Oktober

1971 gibt das bunkerverantwortliche Bundesministerium des Innern klare Order: „Die jetzige Befehlsstelle der Bundesregierung soll im Verteidigungsfall nicht belegt werden.“ Das Wort „nicht“ ist unterstrichen. Stattdessen ist „der Bau einer neuen Befehlsstelle anzustreben.“

Wenige Monate vor der Fertigstellung des Ahrbunkers eine vernichtende Aussage zur Einsatzfähigkeit wie auch Zukunft dieses Ausnahmebauwerks und seine bereits verbauten Kosten von rund 500 Millionen D-Mark (heute ca. 2 Mrd. Euro).

Das teuerste Bauwerk der Bundesregierung wäre damit eine Fehlinvestition, zugleich das Krisenmanagement 3. Weltkrieg ohne Arbeitsbereich.

Auf die Schnelle eine passable Ersatzlösung zu finden, gestaltet sich problematisch. Also wird im Bundesinnenministerium ein Zweistufenplan hin zu einem neuen Regierungsbunker entworfen, dessen Unterlagen dann über 50 Jahre geheim bleiben werden.

Zunächst sollen vier Panzerzüge für jeweils 200 Personen als Übergangslösung ein mobiles Hauptquartier bilden. In die Bahn steigen und ausschwärmen lautet die Formel für Notfälle. Außerdem soll ein Kasernenbunker in Kusel so hergerichtet werden, dass statt 200

Unterkunftsplätzen im Grundschutz künftig 800 Menschen unter Vollschutz inklusive EMP-Schirmung einquartiert werden können. „Das käme einem Neubau gleich“, vermerkt ein involvierter Mitarbeiter. Weder zu Kosten noch zum Zeitplan liegen Angaben vor. Für die „Sonderzüge“ veranschlagt man grob eine halbe Milliarde D-Mark. Das wäre so teuer wie der Regierungsbunker. Schutz vor Kernwaffen oder dem EMP-Effekt bietet die Schienenlösung nicht, „sie ist hochempfindlich gegen konventionelle Luftangriffe, lässt sich leicht aufklären, wird mit ihrer Existenz dem Gegner bekannt sein und bietet einem subversiv kämpfenden Gegner viele Angriffsziele.“ Die nachrichtentechnische Anbindung gestaltet sich darüber hinaus sehr schwierig und gebaut werden müssten diese Panzerzüge ja auch erst einmal.

Das Bundesverteidigungsministerium hält in einem Gutachten zu dieser Variante im Juli 1972 fest: „Die Ergebnisse dieser Studie sind nicht für Planungszwecke zu verwenden.“ Begeisterung sieht anders aus.

Und auch die Kusel-Planung wird zu den Akten gelegt. Mit veranschlagten 37 Millionen D-Mark Rohbaukosten, begrenzter Kopfstärke und einer mangelhaften fernmeldetechnischen Anbindung ließe sich keine sinnvolle Alternative zum Ahrbunker erreichen. Irgendwelche Aussagen zu dessen Nachfolger? Fehlanzeige.

Stattdessen sollen im Regierungsbunker neu aufzufahrende und unter dem Ostteil der Anlage einzurichtende Kavernen der Nachrichtentechnik den geforderten EMP-Schutz bieten. Die Pläne dazu liegen

längst vor, ebenfalls vom Team um Hans Walter entworfen. Doch das Kosten-Nutzen-Verhältnis wird kritisiert. Vier Millionen D-Mark Schutz für 145 von dann 17.500 Bunkermetern, was weniger als einem Prozent der Anlage entspricht, überzeugen nicht.

Weitere Entwürfe und Vorschläge werden gefordert. Im Juli 1974 entscheidet dann die Arbeitsgruppe „Gewitter“ eine EMP-adäquate Unterbringung aller „führungswichtigen Elemente wie Fernmeldezentrale und Versorgungseinrichtungen“. Letztere sind über weite Strecken der Anlagen verteilt, mindestens 50 Prozent des Regierungsbunkers müssten EMP-sicher gemacht werden. Das sind acht Kilometer weitverzweigte Stollen, die zunächst einmal leergeräumt werden müssten um einen Faradayschen Käfig einzubauen. Laut „Gewitter“-Planung soll das in drei Stufen über „mindestens vier bis fünf Jahre“ verteilt erfolgen. In diesem Zeitfenster wäre der Regierungsbunker nur eingeschränkt nutzbar und wieder eine Baustelle.

Das Bunkerdilemma macht ein Kabinettsbeschluss im Herbst 1974 perfekt. Demnach sind „weitere Investitionen in die Befehlsstelle der Bundesregierung an eine Entscheidung im Vorgang Gewitter“ geknüpft.

Das Bundesverteidigungsministerium kommentiert den Bearbeitungsstand dazu: „Alle Fragen sind insgesamt ungeklärt.“ Und heftet das Geheimpapier ab in den anderen „Gewitter“-Akten. Der Regierungsbunker bleibt, wie er ist. Bis zu seiner Schließung 1997 funktioniert er einwandfrei – und ohne EMP-Schutz.



**Mit Baubeginn 1962 sind weder EMP-Effekte noch der Schutz davor ein Thema beim Bunkerbau im Ahrtal. Später lässt sich dieses Manko nicht mehr beheben. 1995 wird eine „umlaufende, verschweißte Armierung und die Erdüberdeckung als EMP-Schutz mit einer Schirmung von 30 dB“ genannt - ohne jeden Nachweis oder Erklärung, für welchen Anlagenteil das zutrifft und ob es wirklich schützt.**

Das Bundesinnenministerium als Hausherr muss sich ein letztes Mal 1994 der Frage stellen, warum dieser Mangel noch immer nicht behoben ist. Die überraschende Antwort: „Der Schutz vor dem elektromagnetischen Impuls ist entbehrlich, da die Bundesrepublik Deutschland den Einsatz derartiger Waffen nicht überleben würde.“ Man kann sich diese Offenheit durchaus leisten, denn der Vorgang ist „Streng Geheim“ (BRH – II 3 - 3604-Tech-Org-09/94(1) str.geh.), wird also niemals in die Öffentlichkeit kommen.

Zum Jahresende 2022 geben Unterlagen im Bundesarchiv Freiburg erstmals Einblick in das bizarre „Gewitter“-Kapitel bundesdeutscher Sicherheitsarchitektur. Sie offenbaren über die Inhalte hinaus ein strukturelles Problem im Umgang mit Akten – und Geschichte!

Denn zu einem Vorgang wie „Gewitter“ liegen Schreiben wie auch deren Kopien in allen involvierten Ministerien vor.

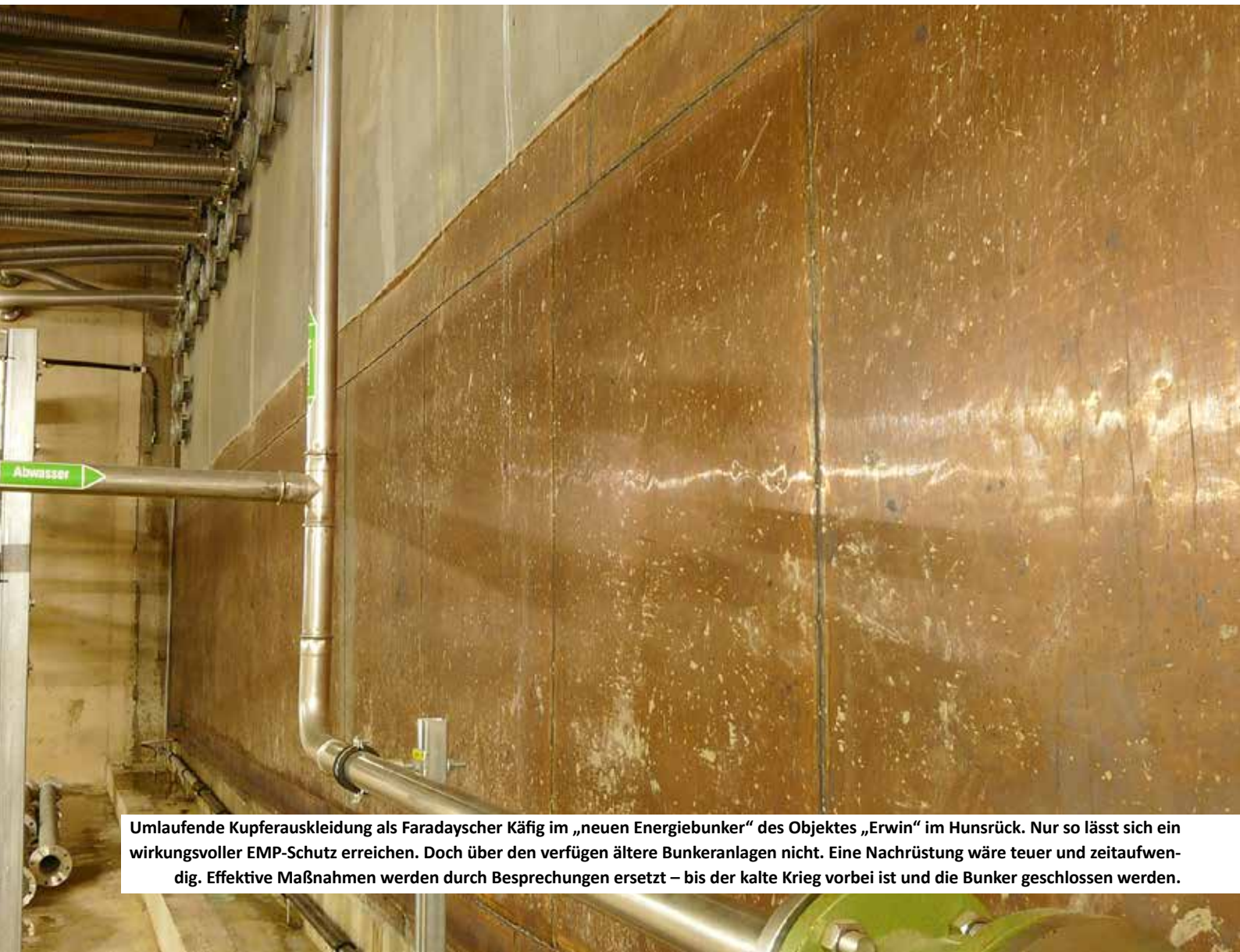
In diesem Fall sind es fünf plus Bundeskanzleramt. Federführend für die Bearbeitung zeichnete das Bundesinnenministerium. Dessen Altakten verwahrt das Bundesarchiv am Standort Koblenz oder im vorgelagerten Sicherheitsarchiv Bonn-Hangelar. Doch dazu gibt es weder Bestandsübersichten, geschweige die Möglichkeit einer Einsichtnahme. Oberflächlich betrachtet, existieren diese Vorgänge also gar nicht, lägen sie nicht auch als Kopie beim Verteidigungsministerium vor.

Wie in vielen Fällen zuvor, geht das Bundesverteidigungsministerium mit historisch „zivilen Vorgängen“ einen Sonderweg. Entweder man

ist besser organisiert im Umgang mit Altakten zum Regierungsbunker. Oder einfach nur mitteilbarer in der Frage, was alles passieren kann, wenn man die Verteidigungsfähigkeit dieses Staates der zivilen Verwaltung überlässt –

mit freundlichen Grüßen an die damaligen Mitstreiter aus dem bunkerverwaltenden Innenressort ...

**(5. Januar 2023)**



**Umlaufende Kupferauskleidung als Faradayscher Käfig im „neuen Energiebunker“ des Objektes „Erwin“ im Hunsrück. Nur so lässt sich ein wirkungsvoller EMP-Schutz erreichen. Doch über den verfügen ältere Bunkeranlagen nicht. Eine Nachrüstung wäre teuer und zeitaufwendig. Effektive Maßnahmen werden durch Besprechungen ersetzt – bis der kalte Krieg vorbei ist und die Bunker geschlossen werden.**